

## Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Inserate

werden angenommen  
in Posen bei der Expedition der  
Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
ferner bei G. Ad. Salsch, Hoflieferant,  
Gr. Gerber- u. Breitestr. 2, Ecke,  
Ollo Niekisch, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,  
in Gnesen bei J. Chraplewski,  
in Meieritz bei H. Matthes,  
in Weichsel bei J. Jachob  
u. b. d. Inserat-Annahmestellen  
von G. L. Danke & Co.,  
Krausen & Vogler, Rudolf Hofe  
und „Invalidentank“.

Nr. 71

Donnerstag, 29. Januar.

1891

## Preussischer Landtag.

## Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 28. Januar, 11 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation Motz, betr. die Auswanderung nach Brasilien.

Abg. Motz (Posen) bezeichnet als Zweck seiner Interpellation, die Regierung auf die durch die Auswanderung in neuester Zeit dem Staatswesen drohenden Gefahren aufmerksam zu machen, nicht aber, die Freizügigkeit zu beschränken. Die Auswanderung habe fast schon den Charakter einer Epidemie angenommen. Redner geht darauf des Näheren auf das Treiben der Auswanderungs-Agenten ein und hebt hervor, daß diese durch falsche Vorpiegelungen regelmäßig auch eine große Anzahl militärfähiger Personen zur Auswanderung verleiten. Verprügelungen werden gemacht, die nie erfüllt werden: Roth und Glend ist die Folge solch unüberlegter Auswanderung. In den Prospekten der Agenturen werden über die Beschaffenheit des Landes ganz falsche Darstellungen gegeben. Besonders eine Lissaboner Agentur habe die Leichtgläubigkeit der Leute ausgebeutet. Die Auswanderer werden in Brasilien selbst bis aufs Blut ausgeaugt, und schließlich treten die weißen Sklaven an Stelle der schwarzen. Diese Auswanderung ist aber nicht bloß für die Leute selbst schädlich, sondern auch für den preussischen Staat, dessen östliche Provinzen entvölkert werden. Fehlt es doch jetzt schon dort an Arbeitern. Die Verfügung über die Wiederzulassung der polnischen Arbeiter, welche diesem Mangel abhelfen soll, wird illusorisch bleiben, da polnische Arbeiter auf die Bedingungen, unter welchen sie wieder in Posen Beschäftigung finden können, nicht eingehen werden. Die Regierung muß mit Energie und Konsequenz gegen die gewissenlosen Agenten vorgehen, nöthigenfalls durch Vereinbarung mit den befreundeten Staaten. (Beifall bei den Posern.)

Minister des Innern Herrfurth: Es ist richtig, daß die Auswanderung aus den östlichen Provinzen eine epidemische ist, die Regierung erachtet es für ihre Pflicht, dieser epidemischen Auswanderung mit allen ihr durch die bestehenden Gesetze zu Gebote stehenden Maßnahmen entgegenzutreten. Aber die Grenzen sind ihr dabei sehr eng gezogen. Die Auswanderungsfreiheit ist durch die Verfassung garantiert. Die Staatsregierung ist gebunden an die Reichsgesetze über Freizügigkeit und Verlehrsfreiheit, und auch durch die Landesgesetzgebung kann sie nichts machen, denn diese Auswanderungsweisen ist Sache des Reiches. Angesichts der unleugbaren Uebelstände hat sich allerdings der Reichskanzler entschlossen, die Verhandlungen über den Erlaß eines Reichsgesetzes zur Regelung des Auswanderungswesens wieder aufzunehmen. In der nächsten Zeit werden die kommissarischen Verhandlungen wieder beginnen, und bei dieser Gelegenheit werden alle Gesichtspunkte, die gegen ein Uebermaß von Auswanderungen geltend zu machen sind, entsprechende Berücksichtigung finden.

Nach Lage der bestehenden Gesetzgebung muß die Regierung zufrieden sein, wenn sie die Auswanderung vermindern kann. Was nach dieser Richtung geschehen kann, ist geschehen und wird in Zukunft geschehen. In Bezug auf die Auswanderung nach Brasilien besteht noch heute ein Restrikt vom Jahre 1859 in Kraft, welches die Konzeptionierung in- oder ausländischer Agenten zur gewerbmäßigen Vermittelung der Auswanderung nach Brasilien verbietet. Ebenso wird unnachlässiglich eingeschritten gegen Alle, die im Einzelfalle durch Vorpiegelung falscher Thatsachen die Auswanderung begünstigen. Die Regierung ist in dieser Beziehung zunächst auf Belehrung angewiesen. Es ist geradezu unglücklich, welche Leichtgläubigkeit manche Bevölkerungskreise den tollsten und abenteuerlichsten Vorpiegelungen der Agenten, und welches Mißtrauen der Regierung entgegenzusetzen. Ich erinnere an das vor Jahresfrist in Pommern viel verbreitete Gerücht, Prinz Heinrich wolle in Brasilien ein Deutsches Reich gründen. Es wurde damals die Allerhöchste Ordre erlassen, dem gemeingefährlichen Treiben der Auswanderungsagenten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten, und insbesondere auch in geeigneter Weise auf Belehrung der Betheiligten hinzuwirken. Diese Ordre wurde in allen betheiligten Bezirken verbreitet und außerdem Briefe von Auswanderern veröffentlicht, die in Brasilien ins Glend gerathen waren. Diese Leute wurden möglichst nach ihrer Heimath zurückbefördert, denn diese zurückgeführten Auswanderer sind die allerbesten Agenten gegen die Auswanderung. Bekannt ist, daß anlässlich des Dmiecimer Auswanderungsprozesses verlaute, preussische Beamte hätten dabei eine nicht ganz erwünschte Rolle gespielt. Es sind die genauesten Ermittlungen angestellt worden, und ich darf zur Ehre des preussischen Beamtenstandes sagen, daß sich diese Annahme als unzutreffend erwiesen, und habe dies auch im Reichsanzeiger festgestellt.

Ich habe erst im vorigen Monat die Regierungen darauf aufmerksam gemacht, daß sie mit allen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln dem Auswanderungsmißbrauch entgegenzutreten, namentlich durch eine aufmerksame Beobachtung der Agenten, durch Unterstützung der Arbeitgeber kontraktbrüchiger Arbeiter gegenüber, welche auswandern. Freilich sind alle solche Maßnahmen nur ein Palliativmittel, aber kein sicher wirkendes Universalmittel. Die Organisation der Auswanderung von Polen der als Ersatz dafür ist ein Gedanke, der wohl nicht ernst genommen werden kann. Ich habe die polnischen Arbeiter in dem Umfange zugelassen, als es den Interessen der Landwirtschaft entspricht und den nationalpolitischen Interessen nicht widerspricht. Am wirksamsten wird der Auswanderung entgegen getreten, wenn jeder bemüht ist, diejenigen Bevölkerungsklassen, bei denen der Vacillus der Auswanderungslust einen besonders guten Nährboden findet, im Kampfe ums Dasein zu unterstützen, und der Regierung in ihren Bestrebungen zu helfen, die intellektuelle, moralische und materielle Entwicklung dieser Bevölkerungsklassen zu fördern. Dann wird jener vaterlandsliebe Spruch ubi bene, ibi patria nicht mehr Geltung haben, dann werden sich die Leute nicht mehr verleiten lassen, ins Glend hinauszuziehen. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Tschensky tritt Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Seer (ntl.) erkennt an, daß in den polnischen Landestheilen die Geistlichkeit vor dem Auswanderungsschwindel gewarnt habe. Aber das wirksamste Mittel zur Bekämpfung derselben wäre, wenn der Staat einige hundert Auswanderer auf seine Kosten zurückkommen ließe, damit diese als ein lebendiges Abschreckungsmittel dienen.

Abg. Tschensky (Z.) spricht den Wunsch aus, daß auch die Presse und Vereine diesem Treiben entgegenwirken. Die Regierung müsse ferner die Auswanderer während ihres Transportes durch Preußen vor Ausbeutung z. B. durch das Kummelblättchenpiel schützen und namentlich darauf hin die Logirhäuser bewachen.

Abg. Dr. Arendt (frk.) ist mit dem Ziel der Interpellation gleichfalls einverstanden. Es handle sich in der That um schreiende Mißstände. Redner weist auf die Maßnahmen anderer Staaten zur Bekämpfung des Auswanderungswesens hin, besonders Englands, das ein staatliches Auswanderungsbureau besitze, durch das in die Länder, in welche die Auswanderer gehen, staatliche Kommissare geschickt werden, die die Auswanderer vor Uebervortheilung schützen. Bei uns sei auf diesem Gebiete nichts geschehen, und das sei um so beklagenswerther, als wir nicht, wie die anderen Länder, unsere Auswanderer in unsere Kolonien zu leiten vermögen. Kein Zehntel unserer Auswanderer gingen nach den Vereinigten Staaten und würden dadurch Konkurrenten unserer einheimischen Industrie. Die Auswanderer schleppen jährlich 9½ Millionen aus dem Lande. Es sei zu hoffen, daß in der Zukunft vielleicht Auswanderer nach Südwestafrika gehen, namentlich wenn dort erst mit dem Eisenbahnbau begonnen sei, vorausgesetzt, daß sich die Nachricht von dem Verkauf dieser Kolonie an England nicht bestätigt. Redner unterscheidet im Weiteren zwischen der Auswanderung nach Nord- und Südbrasilien. Nur in Bezug auf ersteres gelten die abspredhenden Schilderungen, während letzteres ein gesundes Klima — und blühende deutsche Kolonien hat.

Abg. v. Below-Salecke (konj.) ist einverstanden damit, daß die Auswanderung nicht gesetzlich beschränkt wird; nur in Bezug auf die Militärfähigen empfehlen sich vielleicht andere Bestimmungen. Die unbedingte Anwendung des v. d. Heydtschen Restriktions auf ganz Brasilien sei vielleicht verfehlt, nur für Nord-Brasilien passe es. Da die Leute doch einmal auswanderten, sollte man nicht die Vermittelung der Auswanderung auch nach Süd-Brasilien verbieten, sondern letztere gerade fördern und hier den Auswandererstrom hinführen, weil hier die Verhältnisse günstiger liegen. Redner empfiehlt weiter Vereinbarungen mit der argentinischen Regierung, um die Ausbeutung der Auswanderer zu verhindern; dadurch werde man mehr erreichen als durch Auswanderungsgesetze.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Das Haus erledigt darauf in erster Lesung den Antrag v. Bülow (Wandsbeck) auf Gültigkeit der Jagdscheine im ganzen preussischen Staatsgebiete. Die zweite Lesung wird demnächst unmittelbar im Plenum zur zweiten Verathung gelangen.

Der Antrag Korsch auf Verbot des Privathandels mit Staatsklotterielosen wird dem Wunsche des durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Antragstellers entsprechend von der Tagesordnung abgesetzt.

Nach Erledigung einiger Wahlprüfungen (der Abg. Diez und Dr. Dünkelberg 2. Koblenz, beide gültig) genehmigt das Haus in dritter Lesung die Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die 7 östlichen Provinzen sowie den G.-G. betr. die Errichtung eines Amtsgerichts in Kien, ferner in zweiter Lesung die Emeritierungsordnung für die evangelisch-lutherische Kirche in Schleswig-Holstein.

Es folgt die erste Verathung des G.-G. betr. den aufsichtsführenden Amtsrichter.

Justizminister Dr. v. Schelling: Wenn auf die neuliche Rede eines Mitgliedes des anderen Hauses hier Bezug genommen worden ist, der mehrere Fälle erwähnt hat, in denen das außeramtliche Verhalten von Richtern zu Anlässen Veranlassung gegeben hat, so erkläre ich ausdrücklich, daß diese Fälle in durchaus keinem Zusammenhang mit dem Zwecke des vorliegenden Gesetzes stehen. In den richterlichen Stand können sich eben so gut wie in andere Berufsweige moralisch untüchtige Personen einschleichen. Die im Richterstand lebendige Standesehre hat sich aber immer kräftig genug erwiesen, um solche untüchtigen Elemente auszumerzen. Die Vorlage hat mit den Disziplinarbefugnissen der Richter nichts zu thun, und es liegt ihr namentlich fern, über das außeramtliche Verhalten der Richter eine Kontrolle zu üben. Es soll sich nur darum handeln, auf die ordnungsmäßige Erledigung von Amtsgeschäften hinzuwirken.

In großen Städten ist ein Mittelglied zwischen den Landgerichtspräsidenten und den Landrichtern unerlässlich, wie auch Herr Windthorst früher zugegeben hat. Die Landrichter und Oberlandesgerichtsräthe stehen ja auch unter dem Vorsteh eines richterlichen Kollegen, des Landgerichts- resp. Oberlandesgerichtspräsidenten, der allerdings einen höheren Rang hat, aber die Freundschaft, mit der man sich in eine Aufsicht fügt, ist nicht vom Rang abhängig. Dem Publikum gegenüber ist es allerdings wichtig für die Autorität des Aufsichtsführenden Richters, daß er eine hervorragende Rangstellung einnimmt, und ich bin geneigt, dahin zu wirken, daß dem Aufsichtsführenden Amtsrichter eine äußere Auszeichnung zu Theil wird. Die etwaigen Nachtheile der Neueinrichtung werden durch ihre Vortheile überwogen. Die kollegiale Aufsicht kann viel unmittelbarer einwirken; sie ist milder in der Form, weil sie mündlich und auf freundschaftlichem Wege erfolgen kann, und auch das Publikum fährt besser, da es mit seinen Beschwerden sich nicht an das Landgericht zu wenden braucht, sondern mündlich an den Aufsichtsführenden Amtsrichter.

Abg. Bielebach (Chr.): In der Rheinprovinz besteht allgemeine Mißstimmung über das Gesetz in allen Kreisen. Die Einrichtung ist sehr bedenklich. Niemand ordnet sich gern einem Gleichgestellten unter. Ich bestreite, daß die Richter so verlodert sind, daß sie einer noch spezielleren Aufsicht bedürfen. Soweit es möglich ist, kann doch der Landgerichtspräsident die Aufsicht aus-

üben. Das Gesetz gefährdet die Autorität der Amtsrichter bei dem Publikum, und kein Amtsrichter wird sich daher für dasselbe begeistern. Ich beantrage die Verweisung an eine besondere Kommission.

Abg. Simon v. Zastrow (konj.): Ich bin erfreut, daß Herr v. Holleben nicht den harten Ausspruch gethan, den man ihm unterlegte. (Lachen links). In meinem Bezirk thun die Richter im Allgemeinen durchaus ihre Schuldigkeit und bedürfen nur hier und da einer Nachhilfe. Das Gesetz entspricht aber nur früher geäußerten Wünschen, namentlich in der Herrenhausfassung. Die Landgerichtspräsidenten können die Aufsicht nicht in ausreichender Weise führen. Die Maßregel ist im Interesse der Richter wie des Publikums. Die Vorlage wirkt auch dem Streben nach Verlegung in immer größere Städte entgegen. Durch dieselbe kommt der würdige Richter ferner schon bei Zeiten in eine entsprechende Autoritätsstellung. Redner erklärt sich im Weiteren gegen widerrechtliche Anstellung der aufsichtsführenden Amtsrichter und beantragte die Ueberweisung der Vorlage an die um 7 Mitglieder verstärkte Justizkommission.

Abg. Bödiker (Ztr.): Ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. — Es ist ein Irrthum, daß die Vorlage dem früheren hannoverschen Amtsgerichtsverfassungsgesetz entspricht. Eine Aufsicht über Kollegen, wie sie die Vorlage fordert, hat in Hannover nie bestanden. Ich bestreite die Nothwendigkeit des Gesetzes durchaus. Die von Herrn v. Holleben angeführten Fälle beweisen gar nichts für die Allgemeinheit, zumal sie wahrscheinlich sich an Gerichten mit nur einem Richter ereignet haben. Der Landgerichtspräsident könnte sehr wohl die Aufsicht ausüben, wenn er nicht gelähmt würde durch das überwuchernde Eingreifen des Oberlandesgerichtspräsidenten, der sich viel zu sehr in die Aufsicht über die Landgerichte einmischt. Der Weg, auf den das Gesetz führt, ist gefährlich, und da sage ich: principis obsta.

Geb. Rath Eichholz: Ich möchte nochmals der Ansicht entgegenzutreten, daß die Vorlage von einem Mißtrauen gegen die Amtsrichter ausgeht. Das Bedürfnis nach einem solchen Gesetze entspringt lediglich aus einer bisher fehlerhaften Einrichtung. Weder die Regierung noch sonst einer im Herrenhause hat einen Vorwurf gegen den Stand der Amtsrichter erhoben.

Abg. Krah (frk.) erklärt, daß nach seinen Erfahrungen aus eigener Praxis ein Bedürfnis nicht vorhanden sei, wo der Landgerichtspräsident den Amtsgerichten eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden, wenn thatsächlich öfter eine Revision statfinde, und nicht in Zeiträumen, wie sie Herr v. Holleben im Herrenhause geschildert habe. Vielleicht würde es sich empfehlen, die Befugnisse des Landgerichtspräsidenten zu erweitern und ihm eine häufigere Revision zur Pflicht zu machen. Das würde nicht den Stachel für den Amtsrichter haben wie die Aufsicht durch einen Kollegen. Redner bestreitet ferner, daß der Landgerichtspräsident nicht in der Lage ist, sich über das Verhalten der einzelnen Amtsrichter in Amtsgerichten mit mehreren Richtern zu informieren. Trotzdem sei die Vorlage der Regierung nicht unbedingt unnöthig, da es vorkommen kann, daß in größeren Landgerichtsbezirken eine Aufsicht des Landgerichtspräsidenten schwer sei. Wollte man auf das Gesetz eingehen, so würde sich vielleicht empfehlen, die Dienstaufsicht unwiderruflich zu übertragen.

Abg. Czwalina (frk.): Die heutige Frage berührt nicht nur die Interessen der Amtsrichter, sondern auch die Rechtsordnung, deren seit elf Jahren eingelebte Formen sie ändern will. Es wird jetzt ein Vorgelegter eingeschoben, und zwar soll der Vorgelegte ein Kollege werden, der ihm bisher vollkommen gleich stand. Die Zustände, über die man bisher keine erhebliche Klagen gehört hat, sollen nun auf einmal unhaltbar geworden sein. Und als Beweis führt man im Herrenhause an, daß einzelne Richter sich ungebührlich benommen haben. Ein Oberlandesgerichtspräsident erkundigt sich beim Landgerichtspräsidenten nach dem Verhalten eines Richters. Anstatt sich mit diesem Urtheil zu begnügen, fragt er dann weiter den Landrath. Was würde man dazu sagen, wenn ein Oberpräsident sich nach dem Verhalten des Landraths beim Landgerichtspräsidenten erkundigte? Die Regierungsvorlage ist distinktabler als die Fassung des Herrenhauses. Es sind uns in der Begründung keine Thatsachen mitgeteilt, auf Grund deren das jetzige Verhältniß nicht beibehalten werden kann. Wenn nun weiter gesagt wird, der Landgerichtspräsident sei zu überlastet, so haben wir schon heute von berufenen Leuten eine Ueberlegung gehört. Wer sagt denn aber, daß die Amtsrichter dadurch nicht auch allzusehr belastet werden? Daß ihre Last jetzt schon groß ist, beweisen die zahlreichen Gesuche um Vermehrung der Amtsrichterstellen. Was dem Landgerichtspräsidenten recht, ist dem Amtsrichter billig. Zweifellos wird auch die Thätigkeit des Aufsichtsführenden Amtsrichters auf diesen ein Odium werfen. Die Kollegialverfassung wird dadurch absolut zerstört. Es werden Amtsrichter erster und zweiter Klasse geschaffen. Der Unwiderruflichkeit der Aufsicht kann ich nicht beistimmen. Denn was wird geschehen, wenn der mit der Aufsicht betraute Amtsrichter dem Amte nicht gewachsen ist? Besonders zu berücksichtigen ist auch die Geldfrage, denn die mit der Aufsicht beauftragten Beamten müßten doch eine Gehaltszulage bekommen.

Abg. Günther (nl.) erklärt sich für die Vorlage, da es jetzt an einer wirksamen Aufsicht fehle.

Abg. Brandenburg (Zentr.) bezeichnet die beabsichtigte Neuerung als einen schädlichen Eingriff in das Rechtsleben. Mit dem Ziele des Richters, dem Volke mit Rath und That beizustehen, sei eine solche Obergewalt unvereinbar. Der Amtsrichter dürfe nicht gezwungen werden, von einem Genossen unterrichtet zu werden, er solle von der Genossenschaft lernen. Vielleicht ließen sich vorhandene Anzuträglichkeiten dadurch beseitigen, daß man eine Organisation der Amtsgerichte schafft, wie etwa bei den Anwaltskammergerichten.

Abg. Eberhart erklärt sich für die Vorlage, welche ja keinen neuen Gedanken enthalte, sondern einen Gedanken, der bereits früher erwogen worden sei. In Bayern finde man diese Aufsicht nicht untrüglich.

Abg. Dr. Windthorst (Ztr.): Nach den Verhandlungen im Herrenhause können wir der Vorlage nicht beitreten; denn dann



würden wir die Anklage des Herrenhauses gegen die Amtsrichter für begründet erachten. Die Ausführungen Seitens des Regierungsrates beweisen, daß man den schlechten Eindruck, welchen die Herrenhausverhandlungen hervorgerufen haben, abschwächen will. Die Erklärung des Regierungskommissars hat aber der Vorlage vollständig den Boden entzogen. Denn wenn ein Mißtrauen gegen den Amtsrichter vorhanden, wozu dann diese Vorlage? Eine gedeihliche Entwicklung des Richterthums könne die Vorlage nicht hervorgerufen. Bei besonders großen Amtsgerichten wie dem Berliner würde es vielleicht angezeigt sein, einen besonderen Direktor mit festem höherem Gehalt einzuführen, aber eine Beaufsichtigung durch einen Kollegen kann ich nicht zugeben. Der Amtsrichter wird dadurch nur verdrängt. Im Publikum herrscht die Befürchtung, daß bei der Auswahl der Richter zu diesem Amt politische Rücksichten maßgebend werden. Will man solche Befürchtungen zerstreuen, so müssen dann auch die Bestimmungen präziser sein, als sie jetzt sind. Der Richter muß eine feste, unabhängige Stellung haben und wir wollen nicht, daß für die Richter eine militärische Organisation geschaffen wird. Wenn man den Richter so unter die Krone stellen will, wie es in der Vorlage geschieht, so wird schließlich Mannes- und Unabhängigkeitsgefühl unter den Richtern ganz verschwinden.

Abg. Krause (natl.) erklärt im Namen des größten Theils seiner Fraktion, daß sie weder der Regierungsvorlage noch den Herrenhausbeschlüssen zustimmen können. Er bedauere übrigens, daß ein Oberlandesgerichtspräsident im Herrenhause über eine Gesetzesvorlage solche Dinge vorgebracht hat, die mit der Vorlage in gar keinem Zusammenhange stehen, die auf den ostpreussischen Richterstand ein überaus schlechtes Licht werfen müssen. Im gewöhnlichen Leben nennt man das Quatsch. (Beifall.) Im Namen meiner ostpreussischen Kollegen lege ich gegen die Anschauung, als ob die Richterzustände in Ostpreußen so verwaorloßt seien, Verwahrung ein.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen.)

Schluß 4<sup>1/2</sup> Uhr.

## Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

53. Sitzung vom 28. Januar, 1 Uhr.

Das Haus legt die zweite Etatsberatung beim Etat des Reichsinvalidenfonds fort.

Die Einnahmen werden bewilligt. Bei den Ausgaben liegt zu Titel: „Pensionen für Invalide aus dem Kriege 1870/71“ der Antrag Richter vor: Die verbündeten Regierungen zu eruchen, in Erwägung zu ziehen, in wie weit aus den Mitteln des Reichsinvalidenfonds für die Militärpersonen der Unterlassen, welche durch den Krieg invalide geworden sind, eine Erhöhung an Pensionszulagen oder eine Erhöhung der Entschädigung für Einbuße an der Erwerbsfähigkeit angezeigt erscheint.

Ein Antrag Graf Douglas (Rp.) will den Antrag Richter in Bezug auf die Anwendung des Militärpensionsgesetzes erweitern auf die Staats- und Gemeindedienst angestellten Beamten.

Abg. Richter (Dfr.): Es ist sonst nicht Gebrauch, daß im Reich die nachträglichen Pensionen lange nach der Verabschiedung eine Erhöhung erfahren. Inbess ist dies geschehen durch das Pensionsgesetz von 1886. Durch dieses Gesetz wurde nachträglich die Pension derjenigen Offiziere erhöht, welche an dem Kriege von 1870/71 Theil genommen haben. Es kam ihnen die Berechtigung zu gute nach dem neuen Gesetz, daß sich ihre Pension mit jedem Dienstjahre um  $\frac{1}{100}$  und nicht wie früher um  $\frac{1}{1000}$  erhöhte. Etwas ähnliches erstrebt mein Antrag herbeizuführen für die Kriegsinvaliden der Unterlassen. Mein Antrag will nicht eine allgemeine Milderung des Militärpensionsgesetzes den unteren Klassen gegenüber herbeiführen. Die Konsequenzen einer solchen Milderung würden finanziell nicht zu übersehen sein. Die Sache liegt insofern hier anders, als das Zivilversorgungssystem hierbei für die unteren Klassen eine größere Rolle spielt, als für die oberen. Mein Antrag betrifft die Kriegsinvaliden für die unteren Klassen, und zwar für die unteren Klassen im engeren Sinn. Ich verstehe unter solchen nicht gerade diejenigen Invaliden, welche militärisch invalide geworden sind, sondern diejenigen, welche durch den Krieg eine wesentliche Einbuße in ihrer bürgerlichen Erwerbsfähigkeit erlitten haben. Ich denke dabei weniger an die Berufsoldaten, als an diejenigen, welche in der Erfüllung ihrer allgemeinen Dienstpflicht an dem Kriege Theil nahmen, eine wesentliche Schädigung für ihre bürgerliche Erwerbsfähigkeit davontrugen, und denen vorzugsweise nur die niedrigen Pensionen für Invaliden aus dem Stande der Gemeinen und Gefreiten zu Theil geworden sind. Ich meine, es stünde dem Reichstag wohl an, gerade der Dienste dieser großen Klasse und ihrer Verdienste an den Erfolgen dieses Krieges zu gedenken und eine gewisse Erhöhung ihrer Bezüge unter Berücksichtigung der seit 1871 veränderten Preisverhältnisse herbeizuführen.

Es ist nicht meine Absicht, dies vorzuschlagen im Wege einer Erhöhung des Gnadensfonds, sondern ich meine, daß, wenn man hier zu einer Verbesserung schreiten will, dies im Wege des Gesetzes geschehen muß, um auch allen denen, welche nicht die Pension besitzen, sich durch alle Instanzen im Wege eines Writings eine Zulage zu verschaffen, eine Zuwendung zu Theil werden zu lassen. Mein Antrag bezweckt nicht, die allgemeinen Finanzverhältnisse zu belasten, sondern er wünscht, die Aufbesserung in den Grenzen zu halten, welche es ermöglichen, diese erhöhte Zuwendung aus den Mitteln des Reichsinvalidenfonds zu decken, wie ja auch die Einnahmen von mir erwähnten Pensionsbezüge der Offiziere aus den Mitteln des Reichsinvalidenfonds gedeckt worden sind. Daß der Reichsinvalidenfonds dazu die Mittel besitzt, erscheint mir nicht fraglich. Nach der letzten Aufstellung der Bilanz der Mittel des Reichsinvalidenfonds und der Vergleichung des Kapitalwertes der auf dem Invalidenfonds haftenden Verbindlichkeiten ergibt sich, daß der Reichsinvalidenfonds etwa 92 Millionen Mark mehr besitzt, als zur Erfüllung der auf ihm lastenden Verbindlichkeit erforderlich ist.

Bezüglich des Zusatzantrages des Grafen Douglas möchte ich mich verwahren gegen die Form der Einbringung des Antrages. Der Antrag hat mit meinem nichts gemein, als daß er antwortet auch an das Militärpensionsgesetz. Er betrifft aber inhaltlich thatsächlich etwas ganz Anderes, er betrifft nicht bloß die Unterlassen, sondern auch die Oberlassen, nicht bloß die Kriegsinvaliden, sondern alle Pensionäre. Er betrifft nicht diejenigen, die in ihrer bürgerlichen Leistungsfähigkeit geschädigt sind, sondern vorzugsweise die Berufsoldaten, diejenigen, für welche auch schon die Zivilgesetzgebung in Frage kommt. Die Verknüpfung einer an sich schwierigen Materie, wie es der Antrag Douglas ist, mit einer verhältnismäßig einfachen Frage, wie sie mein Antrag bietet, scheint mir nicht förderlich; sie ist geeignet, die Erfüllung meines Antrages zu erschweren, jedenfalls hinaus zu ziehen. Ich möchte daher wünschen, daß der Antrag in selbständiger Form aufrecht erhalten und selbständig erledigt werde. Ich wünsche meinerseits Vorprüfung beider Anträge in der Budgetkommission, für meinen Antrag deswegen, weil es an der Hand von Ziffern, die die Regierung zu geben in der Lage ist, vielleicht möglich sein wird, dem

Antrag noch eine korrektere Form zu geben, als er gegenwärtig besitzt. (Beifall links.)

Abg. Menzer (konf.): Wenn wir dem Antrage Richter eine Erweiterung gegeben haben, so geschah es, weil wir eben eine Hinausschiebung der Materie nicht wollten, weil wir die Session nicht in die Länge ziehen wollten. Meine politischen Freunde erklären ihre Uebereinstimmung mit dem Antrage Richter. Wir wollen die Ungleichheiten des Militärpensionsgesetzes von 1871 beseitigen. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß Leute, welche 1200 Mark Jahresgehalt haben, um den Betrag der Pension gekürzt werden. Wenn also die Leute im Interesse ihrer Familie, einer besseren Lebenshaltung mehr arbeiten, so erhalten sie zwar mehr Bezahlung, aber erleiden einen Ausfall durch theilweise oder gänzliche Entziehung ihrer Pension. Ebenso ist es bei den Militärärzten. Die kürzlich erfolgte Erhöhung der Gehälter der Beamten hat für diese Leute also keine Frucht getragen. Schwierig ist besonders die Offiziere daran, denen es überhaupt nur mit Mühe und Noth gelingt, eine Stellung zu bekommen, und die nur zum Theil der Wohlthaten des Pensionsgesetzes theilhaftig werden. Die Annahme unseres Antrages würde einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit bilden.

Reichsschatzsekretär v. Malbahn: Es schweben zur Zeit Verhandlungen über eine Regelung des Militärpensionsgesetzes, die noch nicht zum Abschluß gebrungen sind. Deshalb will ich heute materiell auf den Inhalt der Anträge nicht eingehen, jedoch wird die heutige Diskussion selbstverständlich bei dieser Regelung die gebührende Beachtung finden.

Generalleutnant v. Spitz giebt die Härten des Gesetzes zu, erklärt aber, daß es nicht an einem Mangel an Interesse seitens der Militärverwaltung liege, indem er sich auf die Ausführungen des Reichsschatzsekretärs beruft.

Die Anträge Richter und Douglas werden darauf der Budgetkommission überwiesen. Der Etat wird sodann ohne Debatte bewilligt.

Das Haus geht darauf über zur Berathung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung.

Abg. Fund (Dfr.) wiederholt die vorjährige Anregung der deutschfreisinnigen Partei auf Ermäßigung der Fernspreckgebühren, sowohl der Abonnements- wie der Einzelgebühren. In der Öffentlichkeit werde eine solche Ermäßigung lebhaft gewünscht, und auch sämtliche Handelskammern hätten sich in ihren Berichten dafür ausgesprochen. Eine Herabsetzung der Abonnements-Gebühren auf 100 Mk. würde keinen erheblichen Einnahmeausfall verursachen, und ebenso wären die Einzelgebühren von 1 Mk. pro Gespräch zu groß: in England koste es bloß 40 bis 75 Pf. Gegen so würdigen sei der Wegfall der Garantiefummen, welche die Städte bei der Anlage eines Fernsprecknetzes aufzubringen hätten. Die Garantiefummen seien nicht gerechtfertigt, wo es sich um Verkehrsinteressen handle, sondern nur bei Interessen Einzelner. Ein Entgegenkommen der Postverwaltung würde eine ungemessene Vermehrung des Fernspreckverkehrs zur Folge haben, und deshalb eine finanzielle Einbuße nicht zu befürchten sein. Gerade die Postverwaltung dürfe in solchen Fragen nicht allzu fiskalisch verfahren, die Post solle keine Erwerbs-, sondern eine Verkehrsanstalt sein.

Abg. Willich (Dfr.) tritt den Ausführungen des Vorredners bei. Die bisherigen Erfahrungen lehren, daß eine solche Verkehrsvereinfachung finanziell die Reichskasse nicht schädige. Redner wünscht jedoch eine Herabsetzung der Telegrammgebühren für Zeitungen. Die finanziellen Bedenken des Staatssekretärs seien auch hier nicht angebracht, jedenfalls müsse dafür gesorgt werden, daß die Schranken des Verkehrs fallen. In den übrigen Ländern, sogar in Argentinien komme man den Zeitungen in ganz anderer Weise entgegen, als bei uns. Die Postverwaltung habe in den letzten 20 Jahren Glanzendes geleistet, es scheint aber, als wenn in der letzten Zeit nichts eingeführt werden solle, was sich bereits in anderen Ländern bewährt habe. Redner regt auch eine Herabsetzung des Portos für Beförderung von Wechselacten an; es würde dann eine Menge unsicherer Wechsel aus dem Verkehr gezogen werden, indem Jeder seine Wechsel erst zum Accept einsenden würde. Redner bittet zum Schluß, die Postinspektoren dahin zu instruiren, daß in den Abendstunden, wo die Schalter überfüllt seien, Aushilfe für die Schalterbeamten vorhanden sei.

Abg. Singer (Soz.) ist gegen eine Herabsetzung der Fernspreckgebühren, da für die Großindustriellen und die Privatleute eine derartige wirtschaftliche Erleichterung nicht nöthig sei. Den kleinen Geschäftsleuten werde nur geholfen werden können, wenn das Fernspreckwesen nach dem Ideal des sozialdemokratischen Zukunftsstaates eingerichtet werden würde. Ebenso wenig sei eine Herabsetzung der Telegrammgebühren zu Gunsten der reichen Zeitungsverleger gerechtfertigt. Redner wünscht die Bewilligung eines jährlichen Urlaubs auch für die Postunterbeamten. Vor Allem nöthig sei aber die Ausdehnung der Alters- und Invalidenversicherung auf dieselben. Eine große Anzahl von bei der Post angestellten nichtamtlichen Hilfsarbeitern müßte jetzt schon unter das Gesetz fallen. Die Postverwaltung entziehe sich aber der ihr daraus erwachsenden Verpflichtung, indem sie aus diesen Leuten in jüngerer Zeit eine neue Kategorie von „Beamten auf Widerruf“ gemacht habe.

Staatssekretär v. Stephan: Die Zeit für eine Ermäßigung der Fernspreckgebühren ist noch nicht gekommen; wir dürfen uns nicht für die Zukunft engagiren, da wir noch nicht wissen, welche Entwicklung der Verkehr nehmen wird. Eine Herabsetzung von 150 auf 100 Mk. würde jetzt schon einen Ausfall von 2700 000 Mk. zur Folge haben. Unsere Finanzlage ist aber nicht derart, daß wir für die oberen 10 000 eine solche Summe aus den Taschen der Steuerzahler nehmen können. Wir müssen uns so vorsichtiger sein, als die Fortschritte in der Technik, die neuen Erfindungen alle Augenblicke neue Anlagen und Aenderungen an unseren Apparaten erfordern, die große Kosten verursachen. Auch die Garantiefummen sind nicht zu entbehren; denn es ist nicht möglich, auf Kosten der gesamten Steuerzahler jedem beliebigen Orte eine Anlage zu geben, die sich nachher nicht rentirt. Den Antrag von Zeitungen, meistens freisinniger, auf Ertheilung eines besonderen Privilegiums in Bezug auf Telegrammgebühren wäre im Interesse ihrer Würde, besser unterlassen worden: die Post kommt den Zeitungen in jeder Beziehung entgegen, aber diese Wohlthaten werden immer verkauft und todgeschwiegen. Ein Bedürfnis liegt auch gar nicht vor. Es herrscht in den Zeitungen geradezu eine Verschwendung an Telegrammen, es wird sehr viel unnützes telegraphirt. Zeitungen sind ebenso Gewerbebetriebe wie jeder andere. Es würde eine ganze Fluth von Anträgen auf Ermäßigung der Telegrammgebühren aus allen möglichen Instituten und Unternehmungen kommen. Die Herren Freisinnigen scheinen sich gar nicht klar gemacht zu haben, daß das eine Verletzung der Rechtsgleichheit ist.

Abg. Lingens (B.) tritt für weitergehende Sonntagsruhe der Postbeamten ein. Die Verfügungen der Zentralverwaltung würden oft falsch ausgelegt.

Direktor im Reichspostamt Fischer erklärt eine nicht wohlwollende Auslegung der Vorschriften durch die Beamten der Post für unmöglich. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Singer in Bezug auf das Alters- und Invalidengesetz erklärt Redner, daß die Postunterbeamten durch Gesetz von dieser Versicherung direkt ausgeschlossen seien. Alle die, welche Beamtenfunktionen bei der Post zu versehen hätten, hätten nun, um das Verhältniß bestimmt zu regeln, als Beamte erklärt werden müssen. Die Postverwaltung

entziehe sich dadurch nicht einer Last, sondern übernehme im Gegentheil damit eine ganz erhebliche Last.

Abg. Dr. Schäbler (Chr.): Ich überlasse es der Presse, selbst ihre Würde zu verteidigen, selbst zu entscheiden, ob sie besser unterlassen hätte, das Petitionsrecht, das Jedem zusteht, zu gebrauchen. Nicht nur freisinnige Zeitungen, sondern Zeitungen sämtlicher Richtungen mit Ausnahme der sozialdemokratischen haben die Petition unterzeichnet. Die Postverwaltung wird sich auf die Dauer diesem Antrag nicht entziehen können. Wir betrachten die Presse nicht als ein bloßes Geschäft, und vor Kurzem hat ja auch die Regierung die große Aufgabe, die die Presse hat, anerkannt. Es soll nicht den einzelnen ein Privilegium ertheilt werden, sondern dem ganzen Volke soll die Vergünstigung zu Gute kommen. Die Zeitungsunternehmer werden keinen Vortheil daraus haben, sie haben sich nur mehr telegraphiren lassen. Wenn der Staatssekretär von einem Privilegium der Presse gesprochen hat, so verweise ich ihn auf das Privilegium, welches zum Nachtheil der Presse das Wolffsche Telegraphenbureau genießt. (Hört, hört!) Es genießt die Vorzugsberechtigung in der Beförderung gleich den Staatsdepechen. Die Presse ist in Folge dessen von ihm abhängig, weil die Depechen liegen bleiben. Ich frage den Staatssekretär, ob es richtig ist, daß das Wolffsche Telegraphenbureau einen eigenen Rohrpoststrang besitzt, und welche Gebühren es dafür bezahlt, daß zwischen dem Wolffschen Telegraphenbureau und der Post ein Aufzug besteht, während doch die Postlokale abgeschlossen sein sollen. Es heißt dann, daß Kürtenabzüge des „Reichsanzeigers“ ihm zur Verfügung gestellt würden, sodaß gleichzeitig mit dem Erscheinen des „Reichsanzeigers“ auch die Depechen bereits unterwegs sind. Es kann außerdem sehr leicht bei der Zusammenfassung der Aktionäre des Wolffschen Telegraphenbureaus, unter denen sich ganz hervorragende Finanznamen befinden, die Vermuthung entstehen, daß das, was in vertraulicher Weise dem Wolffschen Telegraphenbureau mitgetheilt wird, auch einen gewissen Einfluß auf Finanzzwecke haben kann. (Hört, hört!)

Bei der Entwicklung unseres konstitutionellen Lebens richten sich die Blicke des ganzen Volkes, nicht bloß der oberen 10 000, auf die parlamentarischen Körperschaften. Die Regierung hat selbst erklärt, daß sie sich der großen Bedeutung der Presse sehr wohl bewußt sei. Möge der Zeitpunkt bald kommen, wo diesem Organe, damit es seine Aufgaben auch erfüllen kann, die nöthige Unterstützung zu Theil wird.

Staatssekretär v. Stephan: Die Einrichtung des Wolffschen Telegraphenbureaus haben wir von Preußen übernommen. Vorzugsberechtigungen bei der Beförderung bestehen allerdings, aber nur innerhalb derselben Kategorie von Telegrammen. Andern Vorzugs-Telegrammen gehen nur als solche bezahlte Vorzugs-Telegramme des Wolffschen Telegraphenbureaus vor. Aber das Wolffsche Telegraphenbureau unterhält Agenten an allen größeren Plätzen des Auslandes und Beziehungen zu allen größeren auswärtigen Zeitungen und führt in Folge dessen der Telegraphenverwaltung große Einnahmen zu. Die Sache mit dem Rohrpoststrang beruht auf einem Mißverständnis. Es kommt daher, weil in dem Hause des Wolffschen Telegraphenbureaus ein Rohrpostamt besteht. Was der Vorredner mit den Mittheilungen an die Finanzwelt meint, weiß ich nicht. Die Herabsetzung der Telegraphengebühren für die Presse würde einen ganz beträchtlichen Ausfall zur Folge haben, wie auch in anderen Ländern dabei direkt mit Verlust gearbeitet wird. In anderen Ländern sind solche Vergünstigungen entstanden, weil die Ministerien ihre Erhebung der Presse verdanken. Wollen Sie dieselbe Einrichtung wie in Frankreich, dann müssen Sie auch das Andere nachmachen. Wir aber wollen einführen, was uns paßt und nicht so thun, als ob die Schlächen im Teutoburger Walde und bei Sedan nicht schon lange geschlagen wären.

Abg. Dr. Bachem (Chr.): Die Mittheilungen des Staatssekretärs haben immer noch nicht aufgeklärt, weshalb die Wolffschen Telegramme vor allen anderen befördert werden? Was leistet dasselbe dagegen? Es wäre doch endlich an der Zeit, dies Privilegium aufzuheben. (Sehr richtig!) Wir stehen in Bezug auf die Telegrammgebühren für Zeitungen hinter allen Ländern zurück. Um so eigenthümlicher berührt der Ton, den der Generalpostmeister hier anschlug, anscheinend weil er glaubt, daß die Angelegenheit von freisinniger Seite angeregt worden ist, was thatsächlich garnicht zutrifft. Eine derartige Behandlung entspreche doch nicht der Würde der Sache. Wenn die Angaben des Abg. Willich richtig sind, so bin ich äußerst beunruhigt. Ich habe eine Liste von 11 Zeitungen, die im vorigen Jahre für inländische Drahttelegramme 340 000 Mark bezahlt haben, darunter auch Zeitungen mittleren Umfangs. Eine Statistik in dieser Beziehung wird unbedingt erforderlich sein. Welche Veranlassung ist denn vorhanden, anzunehmen, daß die Zeitungen den Gewinn aus einer Ermäßigung der Telegraphengebühren in die eigene Tasche stecken werden, ohne daß das Publikum einen Nutzen davon haben wird? Die Zeitungen werden nicht einen Pfennig gewinnen; dafür wird schon die Konkurrenz sorgen. Die Sache geht den Reichstag und das ganze Volk an. Es wäre nicht möglich gewesen, die Invalidenversicherung so gut durchzuführen, wenn nicht die Zeitungen in uneigennützigster Weise für die Popularisirung derselben gearbeitet hätten. Hätten die Zeitungen nicht durch ausgiebigen Telegrammgebrauch die sorgfältigsten Nachrichten über die Hochwassergefahr gebracht, die Behörden hätten vielleicht nicht so schnell die Mittel ergreifen können, um der Gefahr vorzubeugen.

Das Haus vertagt hierauf die weitere Berathung auf Donnerstag 1 Uhr.  
Schluß 5 Uhr.

## Telegraphische Nachrichten.

Köln, 28. Jan. Während am Mittel- und Oberrhein eine Eis- oder Hochwassergefahr nicht mehr besteht, ist die Lage am Niederrhein eine kritischere. Das Moselleis und das Eis vom Mittelrhein hat sich, da in Holland das Eis noch fest steht, stromaufwärts ab Emmerich angeschoben und steht schon bis unterhalb Nees. Das Wasser ist in Folge dessen dort überall stark steigend. Huisberden, Warbeyen, Griethausen, Düsseldorf sind überschwemmt. — Die Kohlenverladungen im Ruhrorter und Duisburger Hafen sind theilweise wieder aufgenommen, die Zechenzufuhren sind geringfügig.

Essen a. R., 28. Jan. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge ist die Betriebsstörung auf dem Schachte „Monopol“ in Camen, die durch Einbrechen von Gismassen erfolgt war, bereits gehoben und die Förderung heute wieder aufgenommen worden.

Helgoland, 28. Jan. Der Geburtstag des Kaisers wurde auch hier überall in festlich gehobener Stimmung begangen. Von allen Häusern wehten deutsche Flaggen. Vormittags fand Gottesdienst, Abends im Konversationshause ein Ball der Küstenwache statt, welchem der Gouverneur Kapitän Geiseler und der Kommissar Dr. Kelsch bewohnten. Ersterer hielt die Festrede und brachte das Hoch auf den Kaiser aus,







Umsatz 1500 Sack. Petroleum ruhig. Standard white loco 6,75 Br., per Februar-März 6,70 Br. — Wetter: Trübe, Hauptwetter.

**Hamburg, 28. Jan.** Rudermarkt (Nachmittagsbericht.) Klüben-Rohruder I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Uance, frei am Bord Hamburg per Januar 12,75, per März 12,77 1/2, per Mai 12,92 1/2, per August 13,20. Ruhig.

**Hamburg, 28. Jan.** Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Januar —, per März 78 1/4, per Mai 77 1/2, per September 74. Ruhig.

**Paris, 28. Januar.** Produktmarkt. Weizen loco ruhig, per Frühjahr 8,06 Gd., 8,08 Br., pr. Herbst 7,75 Gd., 7,77 Br. Hafer per Frühjahr 6,90 Gd., 6,92 Br. — Mais per Mai-Juni 1891 6,20 Gd., 6,22 Br. — Rohrzucker per Aug.-Sept. 1891 13,10 a 13,30. Wetter: Weich, Nebel.

**Paris, 28. Jan.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Januar 26,10, per Februar 26,10, per März-Juni 26,60, per Mai-August 26,50. Roggen ruhig, per Januar 17,00, per Mai-August 17,20. Weizen ruhig, per Januar 59,50, per Februar 59,60, per März-Juni 59,40, per Mai-August 59,20. Rüböl behauptet, per Januar 64,25, per Februar 64,50, per März-Juni 66,00, per Mai-August 66,50. — Spiritus behauptet, per Januar 37,25, per Februar 37,25, per Mai-August 39,75, per September-Dez. 29,25. — Wetter: Feucht.

**Paris, 28. Januar.** (Schlußbericht.) Rohrzucker 888 ruhig, loco 33,25 a 33,50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Januar 35,87 1/2, per Februar 35,87 1/2, per März-Juni 36,62 1/2, per Mai-August 37,12 1/2.

**Savre, 28. Jan.** (Telegramm der Hamburger Firma Beilmann, Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per März 99,25, per Mai 98,25, per September 94,00. Behauptet.

**Savre, 28. Jan.** (Telegramm der Hamburger Firma Beilmann, Ziegler u. Co.) Kaffee in New York schloß mit 15 Points Baiffe. Rio 11 000 Sack, Santos 11 000 Sack. Recettes für gestern.

**London, 28. Januar.** 96pCt. Zuckerrüben loco 15 1/4 ruhig, Rüböl-Rohrzucker loco 12 1/2 ruhig. Centrifugal-Rüben —.

**London, 27. Januar.** An der Riste 1 Weizenladung angeboten. — Wetter: Benötigt.

**London, 28. Jan.** Schiff-Rupfer 53 1/4, per 3 Monat 53 1/4.

**London, 28. Jan.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 14 720, Gerste 3920, Hafer 24 290 Qrt.

Sämtliche Getreidearten sehr träge, matt, Qualität englischen Weizens unbefriedigend, Hafer weichend, russischer voll 1/4 lb. niedriger.

**Liverpool, 26. Januar.** Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig.

Middl. amerik. Lieferungen: März-April 5 1/4, Verkaufspreis, April-Mai 5 1/4, Werth, Mai-Juni 5 1/4, do., Juni-Juli 5 1/4, d. Käuferpreis.

**London, 27. Jan.** Wollauktion. Die diesjährige Wollauktion wurde heute eröffnet. Insgesamt gelangen 330 000 Ballen zum Angebot, wovon heute 13 372 Ballen ausbezogen wurden. Die Auktion ist gut besucht, die Beteiligung lebhaft. Die Preise sind gegen den Schluß der vorigen Auktion unverändert. Der Schluß dieser Auktion erfolgt am 27. Februar.

**Liverpool, 28. Jan.** Baumwollmarkt. (Weiterer Meldung.) Amerikaner 1/8 billiger, ausgenommen Middling fair; Indier 1/8 billiger, ausgenommen Tinnervell.

**Glasgow, 28. Jan.** Rohseifen. (Schluß.) Mixed numbre Warrants 47 lb. 1 d.

**Antwerpen, 28. Januar.** Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Typeweiß loco 17 1/2, bez. und Br., per Januar 17 bez., per Februar 16 1/4, Br., per März 16 Br. Ruhig.

**Amsterdam, 28. Jan.** Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, per März 221. — Roggen loco fest, do. auf Termine geschäftlos, per März 157 a 158 a 157, per Mai 151 a 152. Haaps per Frühjahr —. Rüböl loco 31 1/2, per Mai 29 1/2, per Herbst 30 1/2.

**Amsterdam, 28. Jan.** Java-Kaffee good ordinary 58 1/4.

**Amsterdam, 28. Januar.** Bancazinn 55.

**Leith, 28. Jan.** Getreidemarkt. Weizen Tendenz flau, Preise stetig, Gerste nur zu niedrigeren Preisen verkäuflich, andere Artikel unverändert.

**Gull, 27. Januar.** Getreidemarkt. Markt fest. — Wetter: Schön.

**New York, 27. Jan.** Visible Supply an Weizen 24 268 000 Bushels, do. an Mais 2 675 000 Bushels.

**New York, 27. Jan.** Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9 1/2, do. in New-Orleans 9 1/4. Raff. Petroleum 70 Proz. Abel Test in New-York 7,45 Gd., do. in Philadelphia — Gd., rohes Petroleum in New-York 7,10, do. Pipe line Certificates per Februar 75 1/4. Stetig. Schmalz loco 6,05, do. Rohe u. Brothens 6,47. Zucker (Fair refining Muscovados) 4 1/4. Mais (New) per Februar 61 1/2. Rother Winterweizen loco 108 3/4. — Kaffee (Fair Rio-) 19. Mehl 3 D. 85 C. Getreidefracht 3 1/2. Kupfer per Februar 14,40 nom. Weizen per Januar 106 1/4, per Februar 106 1/4, per Mai 104 1/4. — Kaffee Rio Nr. 7, low ordin. per Februar 16,62, per April 15,97.

Der Werth der in der vergangenen Woche ausgeführten Produkte betrug 6 043 744 Dollars.

**New York, 28. Jan.** (Anfangskurse.) Petroleum Pipe line certificates per Februar 75. Weizen per Mai 104 1/4.

**New York, 28. Jan.** Rother Winterweizen per Januar 1 D. 06 3/4 C., per Februar 1 D. 06 3/4 C.

**Berlin, 29. Jan.** Wetter: Schön.

## Fonds- und Aktien-Börse.

**Berlin, 28. Januar.** Die gestern hier zum Durchbruch gekommene festere Tendenz hatte im Abendverkehr der auswärtigen Plätze nicht die erwartete Nachahmung gefunden, wie die von denselben vorliegenden, fast durchweg schwach und lustlos lautenden Meldungen erweisen ließen. Auch heute brachten die Wiener Berichte keine Veränderung in der Ercheinung. Die Haltung unserer Börse unterschied sich in Folge dessen wesentlich von der gestrigen. Das Geschäft bewegte sich mehr oder minder in sämtlichen Zweigen des Verkehrs in engen Grenzen und die Kurse vermochten sich, ohne dringenderes oder besonders umfangreiches Angebot, eben nur schwach auf ihrem letzten Stand zu behaupten, gaben theilweise sogar nicht unwesentlich nach.

Ebenso gering wie das reguläre Geschäft, gestalteten sich die Ultimotransaktionen, die ziemlich zu Ende geführt wurden und unter der Gunst des außerordentlich flüssigen Geldstandes glatten Verlauf nahmen. Bankaktien standen besonders in ihren spekulativen Titres unter dem Druck stärkeren Angebots, vermochten sich aber später auf vorgenommene Deckungen zu erholen.

Inländische Eisenbahnaktien meist sehr still, aber gut in den Notierungen behauptet. Ausländische Bahnen vielfach billiger abgegeben, ohne dadurch lebhafter beachtet zu werden; mehr offerirt zeigten sich Duxer, Franzosen, Galizier und schweizerische Central-Montanwerthe mußten sich auf Grund von Realisationen und Blankoabgaben größere Kursreduktionen gefallen lassen, erholten sich aber später. Andere Industrieactien still und wenig verändert. Fremde Fonds bei mäßigen Umsätzen in den Notierungen meist gut gehalten. Preussische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe u. ruhig, fest.

Privatdiskont 2 1/2 Prozent.

## Produkten-Börse.

**Berlin, 28. Januar.** Der Getreidemarkt war heute sehr still; bei geringen Umsätzen blieb Weizen unverändert, Roggen mußte dagegen 1/2 M. nachgeben. Hafer geschäftlos aber behauptet. Roggenmehl bei einigem Umsatz etwas schwächer. Rüböl still und unverändert. Für Spiritus zeigte sich starke Deckungsfrage per Januar, welcher Abgeber nur wenig gegenüberstanden, so daß die Preise sich um 1 M. erhöhten. Das Geschäft war sehr erregt, der Umsatz aber nur mäßig. Der Frühjahrstermin zog um 0,50 M. an.

Weizen (mit Ausschluß von Raubweizen) per 1000 Kilo.

Loco fest. Termine wenig verändert. Gefündigt — Tonnen Ründigungspreis — M. Loco 187—198 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 193 M., per diesen Monat — bez., per Januar-Februar — bez., per März-April —, per April-Mai 198,5—199,5 bez., per Mai-Juni 198,75—199,75 bez., per Juni-Juli 199,25—199,75 bis 199,25 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Loco matter, Mittelwaare schwer verkäuflich. Termine still. Gefündigt 300 To. Ründigungspreis 177,25 M. Loco 165—179 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 176 M., inländischer guter 175—177,5 ab Bahn bez., per diesen Monat 177,25 bez., per Januar-Februar — bez., per Februar-März 170—175 bez., per April-Mai 173—172,75 bez., per Mai-Juni 170,25 bis 170—175 bez., per Juni-Juli — bez.

Gerste per 1000 Kilo. Matter. Große und kleine 134—190 M. nach Qualität. Futtergerste 138—154 M.

Hafer per 1000 Kilogr. Loco matter. Termine fester. Gefündigt 50 Tonnen. Ründigungspreis 142,5 M. Loco 138—156 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 143 M. vommerischer, preussischer und schlesischer mittel bis guter 141—146, feiner 148 bis 153 ab Bahn bez., per diesen Monat 142,25 nom., per Januar-Februar — bez., per Februar-März —, per März-April —, per April-Mai 142,25—5 bez., per Mai-Juni 143,25 nom.

Mais per 1000 Kilo. Loco fest. Termine fest. Gefündigt 50 Tonnen. Ründigungspreis 132 M. Loco 134—147 M. nach Qualität, per diesen Monat 132 nom., per Januar-Februar —, per März-April — bez., per April-Mai 130,5 nom., per Mai-Juni 129 bez.

Erbien per 1000 Kilo. Rohware 158—180 M., Futterwaare 137—143 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto incl. Sack. Termine matter. Gefündigt — Sack. Ründigungspreis — M., per diesen Monat 24,55 bez., per Januar-Februar 24,45 bez., per März-April 24,25 bez., per April-Mai 23,8 bez., per Mai-Juni — bez., per Juni-Juli — bez.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kilo brutto incl. Sack. Loco 23,00 M.

Feuchte Kartoffelstärke per Januar 13,10 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilogr. brutto incl. Sack. Loco 23,00 M.

Rüböl per 100 Kilo mit Faß. Ruhig. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — M. Loco mit Faß —, loco ohne Faß —, per diesen Monat 58,2 M., per Januar-Februar — bez., per April-Mai 58 bez., per Mai-Juni 58 M., per Sept.-Oktober 57,9—58 bis 57,9 bez.

Petroleum. (Raffinirtes Standard white) per 100 Kilo mit Faß in Fässen von 100 Str. — M. Termine unverändert. Gef. — Kilogr. Ründigungspreis — M. Loco — bez. Per diesen Monat —, per Sept.-Okt. 24 M., per Okt.-Nov. 24,3 M., per Nov.-Dez. 24,6 M.

Spirituss mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Str. a 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — Mark. Loco ohne Faß 69,8 bez.

Spirituss mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Str. a 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — M. Loco ohne Faß 50,3 bez.

Spirituss mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter a 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — M. Loco mit Faß —, per diesen Monat —.

Spirituss mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Steigend. Gefündigt 40 000 Liter. Ründigungspreis 50,4 M. Loco mit Faß —, per diesen Monat 49,8—50,5—4 bez., per Januar-Februar 49—3 bez., per April-Mai und per Mai-Juni 49,2—7 bez., per Juni-Juli 49,6—50 bez., per Juli-August 49,9—50,2 bez., per August-Sept. 49,6—50 bez., per Sept.-Oktober 49,9—50,2 bez.

Weizenmehl Nr. 00 27,5—26, Nr. 0 25,75—24,25 bez. Keine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 24,75—24,00, do. feine Marken Nr. 0 u. 1 25,5—24,75 bezahlt. Nr. 0 1,50 M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. incl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll = 4 1/4 M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf. 7 fl. südd. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto			Wechsel v. 28.			Brnsch. 20. T.L.			Schw. Hyp.-Pft.			Warsch.-Teres			Reichenb.-Prior.			Pr-Hyp.-B. l. (rz. 12 1/2)			Bauges. Humb.				
Amsterdam	2 1/2	8 T.	166,70 bz	3 1/2	137,50 bz	Göln-M. Pr.-A.	3 1/2	137,50 bz	Serb. Glöd.-Pftdb.	5	95,00 G.	do. Wien.	5	15	do. Gold-Prior.	5	5	do. do. VI. (rz. 110)	3 1/2	do. do. div. Ser. (rz. 100)	3 1/2	100,70 bz G.	Moabit	8	123,5 G.
London	5	8 T.	20,32 bz	3 1/2	134,00 B.	Oess. Präm.-A.	3 1/2	134,00 B.	do. Rente	5	89,40 G.	do. Weichselbahn	5	15	Südost. B. (Lb.)	3 1/2	68,30 B.	do. do. (rz. 100)	3 1/2	94,80 bz G.	Passage	5 1/2	73,25 bz G.		
Paris	3	8 T.	80,55 bz B.	3 1/2	140,10 B.	Ham. 50 T.-L.	3 1/2	140,10 B.	do. do. neue	5	89,75 G.	Amst.-Rotterdam	6 1/2	134,00 bz	do. Obligation.	3 1/2	94,75 G.	do. do. (rz. 100)	3 1/2	94,80 bz G.	U. d. Linden	0	25,00 bz G.		
Wien	4 1/2	8 T.	178,5 bz	3 1/2	132,30 B.	Lab. 50 T.-L.	3 1/2	132,30 B.	Stockh. Pf. 87	5 1/2	100,20 B.	Ital. Mittelm.	5 1/2	101,90 bz B.	do. Gold-Prior.	4	99,00 B.	Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4 1/2	100,70 bz G.	Berl. Elektr.-W.	10	183,60 bz G.		
Petersburg	6	3 W.	234,75 bz	3 1/2	129,25 G.	Mein. 7 Guld-L.	3	27,60 bz	do. St.-Ant. 87	3 1/2	92,25 G.	Ital. Merid.-Bah	5 1/2	101,90 bz B.	Charl.-K.-Assow	5	80,90 B.	do. do. do.	3 1/2	100,70 bz G.	Jerl. Lagerhof	0	91,90 bz G.		
Warschau	6	8 T.	235,00 bz	3 1/2	129,25 G.	Oldenb. Loose	3	129,25 G.	Span. Schuld	4	75,90 G.	Lüttich-Lmb.	0,45	27,60 bz	Gr.-Kremgar.	5	80,90 B.	do. do. do.	3 1/2	100,70 bz G.	do. do. St.-Pr.	5	120,50 G.		
In Berlin 4 Lombard 4 1/2 u. 5.						Türk.-A. 1865in	1	24,75 B.	Prd. Sterl. conv	1	18,85 bz G.	Lux. Pr. Henri	2,30	61,90 bz	Chark.-Kremgar.	5	80,90 B.	Schles.-B.-Cr(rz. 100)	4	100,50 B.	Berl. Back-Br.	0	66,50 bz B.		
Geld, Banknoten u. Coupons.						Ausländische Fonds.						Eisenb.-Stamm-Priorität.						Bankpapiere.							
Souvereigns	20 France-Stück					16,125 bz G.	Argentin. Anl.	5	71,50 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Aach.-Colberg	4 1/2	113,90 bz	do. (Oblig.) gar.	4 1/2	94,50 bz	do. do. (rz. 100)	3 1/2	100,50 B.	do. do. (rz. 100)	3 1/2	100,50 B.	
Gold-Dollars	16,125 bz G.					Bukar-Stadt-A.	5	97,90 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Bresl.-Warsch.	2 1/2	57,10 bz	Kur.-Kiew conv	4	94,50 bz	Berl. Cassenver.	6	137,10 G.	do. do. (rz. 100)	3 1/2	100,50 B.		
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,315 bz G.					Buen. Air. G.-A.	5	71,00 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Czark.-St.-Pr.	5	103,90 bz G.	Losowo-Sebast.	5	98,60 bz	do. Handelsver.	12	167,90 G.	do. do. (rz. 100)	3 1/2	100,50 B.		
Oestr. Noten 100 Frs.	80,90 bz					Chines. Anl.	5 1/2	109,75 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Duk.-Bodenb.	5	103,90 bz G.	Mosco-Jaroslaw	5	98,60 bz	do. vaktlerver.	10	130,90 bz	do. do. (rz. 100)	3 1/2	100,50 B.		
Russ. Noten 100 R.	231,70 bz					Dän. Sts.-A. 86.	3 1/2	94,50 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Paul.-Neu-Rup.	4 1/2	110,00 bz G.	do. Kursk gar.	4	96,10 bz	do. Prod.-Hdbk.	1	12,62,50 G.	do. do. (rz. 100)	3 1/2	100,50 B.		
Deutsche Fonds u. Staatspap.						Egypt. Anleihe	4	97,91 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Prignitz	4 1/2	88,25 G.	Orel-Griasy conv	4 1/2	93,40 bz	Börsen-Hdlver.	12	162,50 G.	Bresl. Deich-Bk.	7	106,00 G.		
Dtsche. R.-Anl.	4	106,70 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Finland. L.	—	61,10 B.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Szatmar-Nag.	5 1/2	88,25 G.	Poti-Tiflis gar.	4	93,40 bz	Bresl. Deich-Bk.	7	106,00 G.	do. Wechslerb.	7	106,00 G.		
do. do.	3 1/2	98,20 bz B.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Griech. Gold-A	5	91,40 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Dortm.-Ensch	4 1/2	112,75 bz	Rjasan-Koslow g.	4	93,40 bz	Danz. Privatbank	8 1/2	60,00 bz G.	Darmstädter Bk.	10 1/2	60,00 bz G.		
do. do.	3	86,90 bz B.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. cons Gold-A	5	91,40 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Marienb-Miaw	5	110,50 bz	Rjasch.-Morozog	5	97,81 G.	do. do. jungs	10	164,25 bz	do. Genossensch	8	123,75 G.		
Prss. cons. Anl.	4	105,10 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Pir.-Lar.	5	90,75 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Veckib. Südb.	4	31,70 bz	Rybinsk-Bolog.	5	97,81 G.	do. do. Command	14	217,40 bz	do. Hk. 60pCt.	6 1/2	111,10 G.		
do. do.	3 1/2	98,40 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Italian. Rente	5	92,90 B.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Ostpr. Südbah	5	113,50 bz G.	Schuj.-Ivan. gar.	5	100,75 G.	do. do. Command	14	217,40 bz	do. Diso.-Command	11	16,25 bz		
do. do.	3 1/2	86,80 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Kopenh. St.-A.	3 1/2	94,25 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Saalebahn	5	109,00 B.	Schweste. gar.	5	95,30 G.	do. do. Command	14	217,40 bz	Dresdener Bank	11	16,25 bz		
Sts.-Anl. 1868	3 1/2	99,60 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Lissab. St.-A. III.	4	76,40 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Trak. 400 Fr.-L.	4 1/2	99,30 bz	Transkaukas. g.	5	83,70 G.	do. do. Command	14	217,40 bz	Gothaer Grund-	0	89,17 G.		
Sts.-Schld.-Sch.	3 1/2	96,90 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Mexikan. Anl.	6	93,25 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Unf.-Lübecke	1 1/2	92,80 G.	Warsch.-Ter. g.	5	102,50 bz	do. do. Command	14	217,40 bz	creditbank	9	19,25 bz G.		
Berl-Stadt-Obl.	3 1/2	96,90 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Mosk. Stadt-A.	5	74,25 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Ernk.-Güterb.	9 1/2	92,80 G.	Warsch.-Wien n.	5	97,40 bz	Internat.-Bank	9	19,25 bz G.	Königsb. Ver.-Bk.	6	99,25 bz		
do. do. neue	3 1/2	96,75 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Norw. Hyp.-Obl.	3 1/2	98,75 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Ludwsh.-Bexb.	9 1/2	92,80 G.	Warsch.-Wien n.	5	97,40 bz	do. Leipziger Credit	12	200,75 G.					
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3 1/2	95,10 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Conv. A. 88	3	91,25 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Lübecke-Büch.	7 1/2	92,80 G.	Warsch.-Wien n.	5	97,40 bz	Magdeb. Priv.-Bk.	11	160,00 G.					
Berliner	5	117,50 B.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Oest. G.-Rent	4	96,80 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Mainz-Ludwsh.	4 1/2	92,80 G.	Zarskoe-Selo	5	94,25 G.	Aaklerbank	9	127,20 bz G.					
do. do.	4 1/2	111,50 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Pap.-Rent	4 1/2	91,25 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Warrab.-Miwsk	4 1/2	92,80 G.	Central-Pacific	5	94,25 G.	Weckl.-Hyp.-U.	7 1/2	129,40 G.					
do. do.	3 1/2	104,10 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Silb.-Rent	4 1/2	91,25 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Weckl. Fr.-Frz.	4	92,80 G.	Illinois-Eisenb.	4	94,00 bz G.	Meininger Hyp.-Bank	5	104,50 B.					
do. do.	3 1/2	97,30 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. 250 Fl. 53	—	120,75 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Ndrschl.-Märk.	4	92,80 G.	Wanitoa	4 1/2	98,75 bz	Witteld.Crdt.-Bk.	7	110,00 B.					
Ctrl.-Ldsh	4	104,10 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Kr. 100 (58)	—	120,75 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Ostpr. Südb.	3 1/2	87,90 bz	Northern Pacific	6	113,30 B.	Nationalb. f. D.	10	137,50 G.					
do. do.	3 1/2	96,90 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. 1860er L.	5	127,45 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Saalebahn	3 1/2	96,70 bz	San Louis-Fran-	5	109,80 B.	Norrd. Grd.-C.	0	90,00 bz G.					
Kur.-u. Neu-	3 1/2	97,00 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. 1864er L.	5	127,45 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Stargrd.-Posen	4 1/2	92,80 G.	Southern Pacific	6	109,80 B.	Oester.Credit-A.	10 1/2	90,00 bz G.					
mrk-neu	3 1/2	97,00 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Poln.-Pf.-Br.-IV	5	72,80 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Weimar-Gera	0	24,25 G.	Hypothecken-Certifikate.				Petersb. Credit-Bk	15	10,00 G.				
Ostpreuss	3 1/2	97,00 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Liq.-Pf.-Br.	4	69,50 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Werrabahn	3	77,00 bz G.	Danz. Hypoth.-Bk	3 1/2	113,00 G.	Pom. Vorz.-Akt.	—	10,00 G.					
Pommer...	4	97,50 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Portugies. Anl.	4 1/2	86,50 B.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Albrechtsbann	1	37,90 G.	Dtsche. Grd.-Kr.-Pr.	3 1/2	113,00 G.	Posen. Prov.-Bk.	6 1/2	122,25 G.					
do. do.	4	97,50 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	1888-89	4 1/2	86,50 B.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Aussig-Teplitz	18 1/2	452,00 bz G.	do. do. II.	3 1/2	108,25 bz B.	Pr. Bodenver.-Bk.	6 1/2	122,25 G.					
Posensch.	4	101,60 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Raab-G.Pr.-A.	4	104,10 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Böhm. Nordb.	7	124,75 G.	do. do. III.	3 1/2	98,10 G.	do. Cnt.-Bd. 50pCt	10	154,90 G.					
do. do.	3 1/2	96,80 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Röm. Stadt-A.	4	89,30 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Westb.	2 1/2	78,00 B.	do. do. IV.	3 1/2	96,90 G.	do. Hyp.-Akt.-Bk.	6 1/2	121,50 bz G.					
Schl. altli.	4	98,90 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. II. III. VI.	4	84,20 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Brünn. Lokalb.	5 1/2	78,00 B.	do. do. V.	3 1/2	93,20 G.	do. Hyp. V. A.-G.	25	109,00 B.					
do. do.	3 1/2	98,90 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Rum. Staats-R.	4	69,60 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Buschthrad	8	218,60 B.	do. do. VI.	3 1/2	110,80 G.	do. Immo.-Bank	7 1/2	359,50 bz					
Idschl.-LTA.	4	97,90 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. do. fund.	5	101,70 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Canada Pacific	3	74,25 bz G.	do. do. VII.	3 1/2	110,80 G.	do. Leihhaus	10	114,20 G.					
do. do.	3 1/2	97,90 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. do. amort.	5	100,20 B.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Dux-Bodenb.	7 1/2	93,40 bz	do. do. VIII.	3 1/2	110,80 G.	Reichsbank	7	140,80 G.					
do. do. neu	3 1/2	97,90 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. do. Rente	4	86,40 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Galiz. Karl-L.	4	93,40 bz	do. do. IX.	3 1/2	110,80 G.	Russische Bank	6 1/2	83,20 bz					
do. do. II.	3 1/2	97,00 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Rss. Engl. A.	5	121,30 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Graz Köflach	7	122,50 B.	do. do. X.	3 1/2	110,80 G.	Schles. Bankver.	8	122,70 bz					
Wstp Ritt	3 1/2	97,00 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. 1822	5	121,30 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Kaschau-Odenb.	4	92,20 bz	do. do. XI.	3 1/2	110,80 G.	Warsch. Combrz.	0	Discont.					
do. neu. II.	3 1/2	97,00 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. 1829	5	89,60 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Kronpr. Rud.	4 1/2	92,20 bz	do. do. XII.	3 1/2	110,80 G.	do. Discont.	8 1/2	94,75 B.					
Pommer...	4	102,90 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	cons. 1871	5	121,30 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Lemberg-Cz.	6 1/2	103,80 bz	do. do. XIII.	3 1/2	110,80 G.	Allg. Elekt.-Ges.	10	79,40 bz					
Posensch.	4	102,90 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. 1872	5	121,30 bz	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Oesterr.-Franz.	2 1/2	109,70 bz	do. do. XIV.	3 1/2	110,80 G.	Anglo Ct. Guano	12 1/2	157,90 G.					
Preuss...	4	103,00 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. 1873	4 1/2	102,00 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Lokalb.	4	98,70 bz	do. do. XV.	3 1/2	110,80 G.	Berl.-Charl.	4	137,75 bz G.					
Schles...	4	103,00 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. 1875	4 1/2	102,00 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Nordb.	4	98,70 bz	do. do. XVI.	3 1/2	110,80 G.	City St.-Pr.	5	89,16 bz G.					
Ba. Eisenb.-A.	4	106,00 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. 1880	4	98,70 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Nordw.	4	98,70 bz	do. do. XVII.	3 1/2	110,80 G.	Dtsche. Bau.	2 1/2	85,40 bz B.					
Bayer. Anleihe	3 1/2	97,50 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. 1889	4	98,70 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Ost.	4	98,70 bz	do. do. XVIII.	3 1/2	110,80 G.	Hann. St.-Pr.	4	80,00 bz B.					
Brem. A. 1890	3 1/2	97,70 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Russ. Goldrent	5	101,40 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Nordw.	4	98,70 bz	do. do. XIX.	3 1/2	110,80 G.	Tarnowitz	0	69,25 bz					
Hmb.Sts. Rent.	3 1/2	97,70 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. 1884stph.	5	101,40 bz G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Nordw.	4	98,70 bz	do. do. XX.	3 1/2	110,80 G.	do. do. St.-Pr.	13	188,50 G.					
do. do. 1886	3 1/2	97,70 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	II. Orient 1877	5	75,90 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Nordw.	4	98,70 bz	do. do. XXI.	3 1/2	110,80 G.	do. do. St.-Pr.	2 1/2	67,50 bz					
do. do. amort.	3 1/2	97,70 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	III. Orient 1879	5	75,90 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Nordw.	4	98,70 bz	do. do. XXII.	3 1/2	110,80 G.	do. do. St.-Pr.	7 1/2	128,50 G.					
Sächs. Sts. Anl.	4	88,90 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	Nikolai-Obl.	5	99,10 G.	do. do. C.	1	18,85 bz G.	do. Nordw.	4	98,70 bz	do. do. XXIII.	3 1/2									